

Die durchtrennte Ligatur

Über das ß, die Schweiz und die Strategie der Reformen

Mit dem Verzicht auf das ß hat die Schweiz in der Rechtschreibung vor dem Zweiten Weltkrieg einen Sonderweg gewählt. Gegenüber der fragwürdigen Rechtschreibreform haben offizielle Stellen leider wenig Widerstandsgeist mobilisiert, obwohl über 90 Prozent der Deutschschweizer dagegen eingestellt waren.

Reinhard Markner

Von einer Rechtschreibreform hatte die Schweiz nur eins zu erhoffen: die Abschaffung des ß in Deutschland und Österreich. Den Verlagen wäre Korrekturarbeit erspart worden. Die sprachlichen Anpassungsschwierigkeiten im Ausland arbeitender Eidgenossen hätten sich auf die mündliche Kommunikation beschränkt. Und endlich hätte die Wiesenstraße in ihrem nördlichen Konstanzer Teil wirklich den gleichen Namen getragen wie ihrer südlichen, Kreuzlinger Hälfte.

Von einer Rechtschreibreform hatte die Schweiz nur eins zu befürchten: die Abschaffung des ß in Deutschland und Österreich. Fortan wären Texte helvetischer Provenienz nur noch an den nach außen weisenden Guillemets («») zu erkennen gewesen. Um die typographische Eigenstaatlichkeit zu bewahren, hätte der weitgehend erlahmte Abwehrkampf gegen das Vordringen der großen Umlautbuchstaben wiederaufgenommen werden müssen.

Bekanntlich ist es nicht so gekommen. Die Reformkommission exhumierte die von Johann August Heyse Ende des 18. Jahrhunderts ersonnene Regel, derzufolge auf kurze Vokale ss folgt. Vorgebliches Ziel der Rechtschreibreform war die Vereinfachung und Vereinheitlichung der deutschen Orthographie. Aber die einzige bestehende Uneinheitlichkeit blieb, wenn auch etwas verändert, bestehen – denn die Schweiz ließ das ß nicht wieder ins Land hinein.

Peter Gallmann, Schweizer Vertreter in der Reformkommission, hat vor einigen Jahren den «versteckten» Grund dafür in einer Regel der Verschriftung des Schweizerdeutschen ausgemacht. Die Verdoppelung eines zwischen Vokalen stehenden stimmlosen Konsonanten zeige seine Aussprache im «Silbengelenk» sinnfällig an. An den von Gallmann genannten Beispielen aus der schweizerdeutschen Dialektschreibung wird deutlich, wie das gemeint ist: «Ofe» (Ofen), aber «offe» (offen), «schnuufe» (schnaufen), aber «suuffe» (saufen). Anders als in der hochdeutschen Sprache und Schrift hat für diese Regel die Länge des vorangehenden Vokals keine Bedeutung. Sie gilt entsprechend auch für das s: «Rase» (Rasen), aber «Rasse» (Rasse), «raase» (rasen), aber «Straasse» (Straßen).

Gallmanns Theorem ist interessant, läßt allerdings ungeklärt, ob die zweideutige Schreibung «in Massen» nicht doch auch den Schweizern anstößig sein sollte. Es macht im übrigen die Ausleuchtung der sprachpolitischen und schriftgeschichtlichen Zusammenhänge nicht entbehrlich. Die Marginalisierung des ß in der Schweiz ist schwerlich das notwendige Ergebnis der phonetischen Gegebenheiten alemannischer Dialekte. Das zeigt sich schon daran, daß auch fast alle reichsdeutschen Drucke des 19. Jahrhunderts, soweit sie in Antiqua gesetzt waren, weder das ß

noch das von den Grimms propagierte sz kannten, sondern allein das ss. Noch 1941 war das ß im deutschen Antiquasatz und zumal im Schreibmaschinengebrauch noch nicht restlos etabliert, wie ein «Führererlaß» beweist, der seine weitere Verwendung auch nach erfolgter Umstellung von Fraktur auf Antiqua anordnete. Diese Verfügung galt für die Schweiz selbstverständlich nicht; man war ihr gewissermaßen schon zuvorgekommen. Mit der Ligatur ß hatte man ein symbolisches Band durchtrennt. Oder sollte es ein Zufall sein, daß der Zürcher Erziehungsrat just 1939 beschloß, das ß aus den Curricula zu streichen?

Die im Zuge der Geistigen Landesverteidigung von den eidgenössischen Behörden vollzogene Ausbürgerung des ß hat sechzig Jahre später die Durchsetzung der Rechtschreibreform in der Schweiz entscheidend befördert. Laut einer im «Brückenbauer» publizierten Umfrage waren 1996 nicht weniger als 91 Prozent der Deutschschweizer gegen die Reform eingestellt. Trotzdem konnte es der Zürcher «Tages-Anzeiger» wagen, bereits im Januar 1999 die schlechtere Schreibung einzuführen. Anders als bei den deutschen Zeitungen, die im August des Jahres nachfolgten, war die Umstellung für die Leser kaum sichtbar.

Wie die Geschichte der gescheiterten Rechtschreibreformen in der Schweiz zeigt, hatte man hier in der Vergangenheit mehr Widerstandsgeist bewiesen. Diese Geschichte ist Gegenstand einer mäßig spannenden Dissertation, die von Horst Sitta betreut wurde, einem weiteren Schweizer Vertreter in der Kommission. Bemerkenswert ist Roman Loosers Arbeit wegen mancher Formulierungen, die Einblicke in die Gedankenwelt der Reformer gewähren. Es sind Sätze von bedächtiger Blutrünstigkeit. «*Mehr Aussicht auf Erfolg hätte nur ein Vorgehen, in dem die zuständigen Politiker weniger Rücksicht auf die Sprachgemeinschaft nähmen*», sinniert Looser angesichts der den Reformern zugefügten Niederlagen. Ähnlich ungeschützt äußert er sich über die «*öffentliche Meinung*». Die Berichterstattung der Presse ist gewöhnlich «*Zeitungshetze*», unsachlich und übersteigert, keinesfalls jedoch Ausdruck verallgemeinerungsfähiger Ansichten oder berechtigter Interessen.

Für besonders verwerflich hält es Looser, wenn Journalisten «unerlaubterweise» von nichtöffentlichen Sitzungen berichten. Als sich 1954 die selbsternannten Sprachpfleger im Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen versammelten, nahm W. E. Süskind, Abgesandter der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, ihre Beratungen zum Anlaß für den spöttischen Artikel «Die Hofräte sind für <die libe>». Mit dessen Erscheinen in der «Süddeutschen Zeitung» waren die «Stuttgarter Empfehlungen», ein trüber Neuaufguß der wegen mangelnder Kriegswichtigkeit verschobenen Reformpläne von 1941, schon so gut wie erledigt. Den Rest besorgten zwei Wahlschweizer. In Antworten auf eine Umfrage der «Weltwoche» lehnten Hermann Hesse und Thomas Mann die Reformpläne ab. Mann zeigte sich entsetzt ob der «*Brutalität*», mit der man im Namen der Vereinfachung etymologisch begründete Schreibweisen zu opfern bereit war. Hesse verwahrte sich gegen jedwede «*Verarmung der Sprache und des Sprachbildes*». Das war wirkungsvoll, denn der Einspruch namhafter Schriftsteller ließ sich seinerzeit noch nicht als «*Gejaule*» abtun, wie es Christian Schmid, «Kulturbeauftragter» der Erziehungsdirektorenkonferenz im Jahre 2000 tun sollte.

Der Reformer der neunziger Jahre analysierten die verlorenen orthographischen Schlachten vergangener Tage genau. Sie erkannten, daß nur eine konsequentere Geheimhaltung und Verharmlosung ihrer Pläne deren Durchsetzung ermöglichen würde. Diese Strategie ging auf, auch in der Schweiz. «*Die deutsche Rechtschreibung wird einfacher*», verhiß der Bundesrat im Mai 1996. Argloser und ahnungsloser zugleich hätte man es nicht formulieren können. Betont wurde, es sei «*möglich, statt Portmonee, Majonäse oder Spagetti weiterhin Portemonnaie, Mayonnaise und Spaghetti zu schreiben*».

Hingegen hob man nicht eigens hervor, daß man statt Fuß oder Straße auch weiterhin Fuss und Strasse schreiben könne. Das verstand sich offenbar von selbst – schließlich sollte ja nichts anders, aber alles einfacher werden.

Reinhard Markner, geboren 1967, ist seit 1998 Historiker an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zusammen mit Hanno Birken-Bertsch verfaßte er die Studie «Rechtschreibreform und Nationalsozialismus. Ein Kapitel aus der politischen Geschichte der deutschen Sprache», Wallstein, Göttingen 2000. (r_markner@yahoo.com)